

Was bedeutet 'Staatlichkeit'? Ansätze einer 'neuen' offiziellen Ideologie in Rußland

Ignatow, Assen

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Ignatow, A. (1995). Was bedeutet 'Staatlichkeit'? Ansätze einer 'neuen' offiziellen Ideologie in Rußland. (Aktuelle Analysen / BIOst, 51/1995). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-45736>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Was bedeutet "Staatlichkeit"?

Ansätze einer "neuen" offiziellen Ideologie in Rußland

Zusammenfassung

Der Tschetschenien-Krieg führte zu einer Akzentverschiebung im ideologischen Kräfteverhältnis in Rußland zugunsten antiliberaler und antidemokratischer Tendenzen. Immer mehr breitet sich ein "neuer" ideologischer Mythos aus - die sogenannte "Staatlichkeit". Einflußreiche Meinungsmacher und Politik-wissenschaftler sowie politische Persönlichkeiten fordern zur Abkehr von den angeblich für Rußland un-passenden und "überholten" liberalen Werten auf und bejahen den Vorrang des "starken" Staates und seiner Interessen vor den Menschenrechten.

So geraten die Theoretiker der "Staatlichkeit" in eine gefährliche Nähe zur kommunistisch-chauvinistischen Reaktion. Freilich wehren sie sich gegen solche Identifizierungen und versuchen, die "Staatlichkeit" und den damit verbundenen "sanften Autoritarismus" und die "gelenkte Demokratie" als eine vorläufige Phase darzustellen, die gerade zur Vorbereitung einer "konsolidierten Demokratie" beitragen solle. Ein positiver Faktor in dieser komplizierten Situation ist aber die Tatsache, daß es in der Umgebung des Präsidenten genügend einsichtige Menschen gibt, die die Gefahr der autoritaristischen Denk-spiele erkennen.

Nach der Entmachtung der kommunistischen Partei und besonders nach der Auflösung des reformfeindlichen Obersten Sowjet im Oktober 1993 erwartete man verständlicherweise eine weitere Demokratisie-

rung. Wider Erwarten aber mehrten sich die Symptome eines autoritären Trends.¹ Diese Gefahr kulminierte im Tschetschenien-Krieg, der in einer erschreckenden Weise demonstrierte, wie lebendig die Tradition der Gewalt ist, wie oft man geneigt ist, zu Nagajka-Methoden zu greifen und Strafexpeditionen statt politischer Verhandlungen als Mittel zur Lösung von Krisen zu benutzen.

Scheinbar stellte der Krieg in Tschetschenien die inneren demokratischen Strukturen und Mechanismen in Rußland selbst nicht in Frage, doch solche Krankheiten sind ansteckend, und, wie die Geschichte zeigt, weist die Gewalt nach außen immer die Tendenz auf, sich auch nach innen zu verbreiten. Kriege haben stets zu Beschränkungen der Demokratie in den kriegführenden Ländern geführt. Die alte Sentenz "Wer andere unterdrückt, kann nicht selbst frei sein", hat bisher keiner widerlegt.

Der Tschetschenien-Krieg rief gewisse besorgniserregende Veränderungen im ideologischen Panorama hervor. Einerseits brauchte die Tschetschenienpolitik der Regierung eine Rechtfertigung. Andererseits spielte der Krieg die Rolle eines Katalysators, der seit langem bestehenden Tendenzen neuen Ansporn gab. Weiter ist eine russische Besonderheit nicht zu übersehen: die Einkleidung von allem in ideologische Kostüme, ja sogar die Bestrebung, hinter jedem politischen Akt metaphysische Gründe zu suchen. Infolge der Wirkung all dieser Faktoren formiert sich jetzt ein ideologisches Gebilde, dessen Kern das Prinzip der "Staatlichkeit" ist. Diese Richtung erhebt immer mehr den Anspruch, eine Art offizielle Ideologie zu werden.

Paradigmenwechsel: Erst der Staat, dann der Bürger

Was ist "Staatlichkeit"? Um schwerfällige Konstruktionen zu vermeiden, übersetzen wir das russische Wort *gosudarstvennost'* mit "Staatlichkeit". Die Übersetzung ist unvollkommen - in "Staatlichkeit" sind manche Sinn-Nuancen nicht ausreichend spürbar. *Gosudarstvennost'* bedeutet auch "Geist des Staates", "staatsbezogenes Denken und Handeln". "Staatlichkeit" ist das modischste ideologische Schlagwort heute.

Die Theoretiker der "Staatlichkeit" bejahen den Staat als höchsten Wert und als Fundament der verantwortlichen politischen Tätigkeit zum Wohl des russischen Volkes und kündigen die Abkehr vom Liberalismus an. Mit der ihm eigenen Neigung zu überspitzten Formulierungen behauptet der bekannte Politikwissenschaftler, Publizist und Mitglied des Präsidialrates, Andranik Migranjan, daß "...das alte ideologische Paradigma, aufgrund dessen die radikalen Demokraten an die Macht gekommen sind, eine völlige Niederlage erlitten hat."² "Bei einem solchen Paradigmenwechsel werden die radikalen Demokraten, die sich mit den erschöpften und diskreditierten geistigen Grundsätzen des Liberalismus der Epoche der freien Konkurrenz verbunden haben, total den Boden verlieren."³ Im Licht des neuen Paradigmas verwirft Migranjan die "Hysterie" mancher Parteien wie "Wahl Rußlands" und "Demokratisches Rußland" anlässlich des Tschetschenien-Krieges. Sie sei eben ein Versuch, den besagten Paradigmenwechsel zu vereiteln.

Mit diesen Vorwürfen ist Migranjan nicht allein. Die Staatlichkeitsideologen wiederholen sie unisono, so z.B. der Publizist Michail Gurewitsch. Er drückt die Idee der "Staatlichkeit" kategorisch und lapidar aus: "Man muß verstehen, daß wir in einem Staat leben... Man muß den starken Staat nicht fürchten."⁴ Der stellvertretende Vorsitzende des Nationalitätenausschusses der Duma Wladimir Koshemjakin, der den Demokraten auch vorwirft, einen "objektiven Prozeß", nämlich den Anbruch einer Periode des "Staatsaufbaus", verschlafen zu haben, legt die Prioritäten und die Rangordnung der Werte der neuen Ideologie dar. Man müsse mit jener Politik Schluß machen, der "...die liberalen Werte, die vor allem als

¹ Vgl. Heinz Timmermann, Rußland auf dem Weg zum präsidialen Autoritarismus, Aktuelle Analysen des BIOst, 10, 1995.

² Andranik Migranjan, 1995: god velikogo pereloma ili okončatel'nogo kracha rossijskoj gosudarstvennosti? Razmyšlenija v svjazi s sobytijami v Ėčene, in: Nezavisimaja gazeta, 12.1.1995.

³ Ebd.

⁴ Michail Gurevič, Peremena klimata. Ne nado bojat'sja sil'nogo gosudarstva, tol'ko v nëm naše spasenie, in: Rossijskaja gazeta, 11.2.1995.

'Menschenrechte' aufgefaßt werden, zugrunde liegen, denen gegenüber der Staat nicht für ihren Verteidiger, sondern für ein Übel gehalten wird.'¹ In einem anderen Aufsatz ergänzt und präzisiert Migrant die Ziele der "Staatlichkeit": eine straffere staatliche Regulierung der Wirtschaft, gemäßigter Patriotismus, reservierteres Verhältnis zum Westen, Stärkung der Machtstrukturen, Schutz der einheimischen Produktion.²

Der Trend ist klar genug. Von neuem hat der Staat Vorrang vor den Menschenrechten. Sie werden wieder in Anführungszeichen geschrieben. In dieser pervertierten Optik ist der Liberalismus ein Überbleibsel aus der Zeit der freien Konkurrenz, als ob Rußland von zuviel freier Konkurrenz schon müde wäre. Die Vordenker der Staatlichkeit erklären dem russischen Leser, daß er in einem Staat lebt, als ob die Tausenden und Abertausenden *ëinovniki* (Staatsbeamten) ihn nicht jeden Tag an das Bestehen des Staates erinnern.

Die Angst vor der Freiheit: eine unerschütterliche Kontinuität

Der Aufstieg der Staatlichkeitsidee demonstriert auf eine nahezu zur Verzweiflung Anlaß gebenden Weise von neuem die Resistenzkraft der antiliberalen Ideen in Rußland. In ihr spiegelt sich die dauerhafte Abneigung gegenüber den liberal-demokratischen Grundsätzen wider. Man kann sich nicht des Eindrucks erwehren, daß die Protagonisten der "Staatlichkeit" eifrig beweisen wollen, daß die Russen zur Demokratie organisch unfähig sind. Besonders beunruhigend ist, daß nicht nur notorische - linke oder rechte - Reaktionäre, sondern Publizisten, Wissenschaftler und Politiker, die sich zum Reformkurs bekennen, die Befürworter der "Staatlichkeit" sind.

Dies kann Ausdruck einer Enttäuschung vom schwierigen Gang der Reformen sein, wobei wieder eine seit langem von den großen russischen und ausländischen Kennern Rußlands konstatierte Besonderheit russischen Fühlens und Handelns zum Vorschein kommt: der rasche Wechsel von stürmischer Euphorie zu Verzweiflung bei den ersten Mißerfolgen, nach denen man natürlich Zuflucht bei den starren, aber "soliden" Strukturen und Gewohnheiten sucht. Die Hinwendung zur "Staatlichkeit" kann so mit Mitteln der nationalen und politischen Psychologie erklärt werden. Aber Erklärung ist eines, die Tatsachen sind ein anderes. Was sie betrifft, so ist klar, daß wieder einmal das Mißtrauen gegen die liberale Demokratie die Oberhand gewinnt und sich eine Rückkehr zum Autoritären abzeichnet.

In diesem Sinn ist die Ideologie der "Staatlichkeit" nur eine Modifikation der alten undemokratischen politischen Muster. In ihr ertönen von neuem bekannte Melodien - die "starke Hand", die "Ordnung" schafft und die Anmaßungen des Individuums bündigt, die "Stärke" und die "Macht" des Staatswesens und nicht zuletzt seine territoriale Größe und seine "Würde".³ Die Verwandtschaftsbande mit den Ideologien des Zarismus und des Kommunismus sind leider unbezweifelbar. Die "Staatlichkeit" erinnert mehr an den Reaktionär Purischkewitsch als an den Liberalen Miljukow, mehr an Stalin als an Sacharow. Die "Staatlichkeit" teilt mit allen traditionalistisch-despotischen und autoritaristisch-totalitaristischen Ideologien den Vorrang des Staates vor dem Bürger. Freilich geschieht dies bei der "Staatlichkeit" in einer sanfteren Form. Die *gosudarstvenniki* (Anhänger der Staatlichkeit) plädieren nicht (noch nicht!) für die Abschaffung der Grundfreiheiten und -rechte. Es wäre übertrieben zu sagen, daß die *gosudarstvenniki* explizite einen Staatskult betreiben, wie dies z.B. die italienischen faschistischen Theoretiker getan haben. Eher erinnert eine solche "Staatlichkeit" an die Türkei Kemal Atatürks, als der Diktator selber die Schaffung einer oppositionellen Partei anordnete, oder an einige Halbdemokratien-Halbdiktaturen der Dritten Welt. Aber auch im "besten" Fall wäre die Verwirklichung der

¹ Figura molëanija. Radikal'nye demokraty menjajut taktiku, pytajas' zaruëit'sja podderžkoj prezidenta. Poëemu? (Interview mit Koshemjak), in: Rossijskaja gazeta, 9.2.1995.

² Vgl. Andranik Migrant, Na puti k mobilizacionnomu režimu: problemy i perspektivy ispolnitel'noj vlasti, in: Nezavisimaja gazeta 22.4.1995.

³ Zu den außenpolitischen Aspekten der autoritaristischen Ideologie vgl. Olga Alexandrova, Einkreisungsphobien, Verschwörungstheorien: Wiederkehr eines alten Syndroms in Rußland?, Aktuelle Analysen des BIOst, 17, 1995.

Staatlichkeitsideologie ein großer Schritt rückwärts gegenüber den bescheidenen Errungenschaften der bisherigen russischen Demokratisierung.

Gefährliche Nähe zu Kommunisten und Ultra-Patrioten

Die Repräsentanten des "staatlichen" Denkens sind Menschen *at the top*, die entweder wichtige Posten bekleiden oder sich auf andere Weise in den "Korridoren der Macht" bewegen. Nun aber nähern sich ihre Ansichten den Ansichten der kommunistisch-chauvinistischen Opposition. Die Zielscheibe der Kommunisten sowie der Ultra-Patrioten sind gerade der "importierte" Liberalismus, die "egoistischen" individuellen Rechte, die Demokratie. Unaufhörlich trauern sie den "starken" zaristischen und sowjetischen Staatsmännern nach, die russisches Land sammelten. Indem Kommunisten und Rechte gegen Privatisierung sind, setzen sie sich für einen politisch wie ökonomisch übermächtigen Staat ein.

Die offenen Reformgegner haben diese Annäherung verantwortlicher Funktionäre an ihre Anschauungen erkannt. Ihre wohlwollende Reaktion verspätete sich nicht. Am 27. Mai d.J. fand in Krasnogorsk (unweit von Moskau) der Gründungskongreß einer "gesellschaftspolitischen Bewegung" statt, die sich "Geistiges Erbe" nennt und sich zur *gosudarstvennost'* bekennt. Zum Vorsitzenden wurde ein Historiker, das Akademiemitglied Aleksej Podbereskin gewählt. Im Verzeichnis der Mitglieder des Zentralrates finden wir die Namen bekannter Wissenschaftler, Schriftsteller und Politiker, die engagierte Anhänger der "bodenständigen" Ideale sind, wie z.B. der Romancier Jurij Bondarjow, der stellvertretende Vorsitzende der Duma, der Kommunist Gennadij Selesnjow und vor allem der Vorsitzende der Kommunistischen Partei der Rußländischen Föderation Gennadij Sjuganow. Diese Tatsachen werfen ein klares Licht auf die Physiognomie der "Bewegung". Das Programmdokument der neuen "Bewegung" ist ein Katechismus reformfeindlicher Ansichten. Die Autoren des Programms charakterisieren ihre Konzeption als "staatlich-patriotische Ideologie". Sie formulieren ihre Prinzipien wie folgt:

- feste und deutlich bewußte patriotische und staatliche Grundsätze;
- deutliche Vision der Perspektiven der Gesellschafts- und Staatsentwicklung;
- Ergebenheit gegenüber der sozialen Gerechtigkeit, die der russischen Tradition eigen ist;
- Orthodoxie - als Grundlage der Weltanschauung des größeren Teils der Bevölkerung des Landes bei freier Entwicklung aller anderen für Rußland traditionellen Religionen;
- Priorität der geistigen Werte vor den materiellen;
- *Sobornost'*, Vertretung der verschiedenen Gesellschaftsschichten in den Machtinstitutionen;
- Gemeindlicher Geist (*obščinnost'*) und Kollektivismus, die den Rußländern organisch eigen sind;
- Menschenliebe als Natureigenschaft des russischen Charakters;
- Leadership (*liderstvo*), Aufopferungsbereitschaft, Teilnahme an allem, was in der Welt geschieht...¹

Das zitierte Dokument appelliert an alle wohlbekannten archaischen Mythen und bedient sich der üblichen semantischen Techniken der Ideologie, die darauf abzielen, die reale Absicht auszudrücken, dieses aber zugleich zu verschönern. So wird die Apologie der Armut "Priorität der geistigen Werte" genannt. Es ist nicht schwer zu verstehen, was der an sich akzeptable Begriff *Leadership* im Land der Zaren und Generalsekretäre bedeutet und welche schrecklichen Realitäten hinter der "Aufopferungsbereitschaft" stecken.

Das Programm des "Geistigen Erbes" ist in archaisch-traditionalistischen Tönen gefärbt. Doch die Brücke zum Kommunismus im streng-doktrinären Sinn des Wortes ist auch geschlagen. Anders konnte es beim Vorhandensein prominenter Kommunisten im Zentralrat nicht sein. Im Dokument wird betont, daß die vertretenen Ideen zum großen Teil in Einklang "...mit den Anschauungen der Anhänger des sozialistischen Weges der Entwicklung des Landes, die sich auf die positiven Erfahrungen des Sozialismus und seine realen Errungenschaften stützen..."² stehen. Podbereskin versicherte dem Reporter der Zeitung "Segodnja" mit arithmetischer Gewißheit, daß die Anhänger von Sjuganow "zu 90 Prozent

¹ Iz programmy novogo obščestvenno-političeskogo dviženija, in: Sovetskaja Rossija, 8.6.1995.

² Ebd.

gosudarstvenniki, zu 10 Prozent Kommunisten sind."¹

Diese Tatsachen sind aufschlußreich. Aber noch aufschlußreicher ist Podbereskins direktes Angebot an den Präsidenten und die Regierung, eine Einheitsfront zur Rettung Rußlands zu bilden, wobei er "...die positiven Tendenzen, die sich immer deutlicher in der Politik der Administration, des Präsidenten und der Regierung abzeichnen[...]"² würdigt. Wie "Segodnja" berichtet, habe Podbereskin alle Anhänger der "Staatlichkeit" - "vom Präsidenten bis Sjuganow" - aufgefordert, sich zu vereinigen.³ Ganz im Stil der stalinistischen Dichotomien kündigt Podbereskin einen gnadenlosen Kampf der *gosudarstvenniki* gegen die *antigosudarstvenniki*⁴ an.

Die Ideologen der "Staatlichkeit" machen also dem Präsidenten und der Regierung eifrig den Hof. Aber akzeptieren sie die Offerte? Ist die Annäherung der Positionen real?

In scharfen politischen Auseinandersetzungen wird dem Gegner oft vorgeworfen, Ideen solcher Kräfte zu teilen, deren Nähe allgemein als diskreditierend empfunden wird. Oft bedienten sich die Kommunisten dieses polemischen Kunstgriffs. Auf die Entlarvungen über Terror und Zwangsarbeit in der Sowjetunion antworteten sie triumphierend, daß diese Beschuldigungen mit "Goebbels' Propaganda" zusammenfielen. Natürlich handelt es sich um einen Sophismus. Joseph Gabel nennt das "falsche Identität".⁵ Bei der Feststellung der Identität (besser: der Wesensverwandtschaft) von zwei Lehren oder Richtungen muß das Ganze, und nicht nur einzelne Punkte, berücksichtigt werden. Aus "gleichen" Meinungen in einzelnen Fragen können ganz verschiedene, ggf. entgegengesetzte Konsequenzen gezogen werden. Aber dieser Vorbehalt trifft nicht auf eine antithetische Situation zu, wo logischerweise nur zwei Positionen möglich sind.

In Anwendung auf unseren Fall lautet also die Schlüsselfrage: Ist es möglich, die "Staatlichkeit" zu vertreten, ohne auf rot-braune, auf links- und rechtsradikale Positionen zu rutschen? Der eloquente Berater des Präsidenten, Migranjan, beantwortet diese Frage positiv. Dem Wesen nach meint er, daß außer den Kommunisten und den Ultra-Patrioten einerseits und den "radikalen Demokraten" andererseits eine dritte Macht besteht - die *gosudarstvenniki*, die eben die reale Chance haben, der Demokratie zum Durchbruch zu verhelfen.

Migranjans Kritik an der "radikalen Demokratie" ist nicht neu. Er vertrat solche Ideen schon zur Zeit der Perestrojka. 1993 schloß er sich der These des argentinischen Politologen Guillermo O'Donnel an, der von einer "delegierten Demokratie" spricht (darunter ist die quasi-diktatorische Macht eines charismatischen Politikers zu verstehen, der demokratisch gewählt ist, aber dann nach seinem Gutdünken regiert.)⁶ Dieses für Länder, die keine demokratische Tradition haben, geeignete Modell empfiehlt Migranjan dem gegenwärtigen Rußland.

Das Modell Migranjans sieht die Einführung eines autoritären Regimes vor, das vorläufig die Demokratie einschränkt, sogar gewisse oppositionelle Kräfte verbietet, dann ungestört und erfolgreich die ökonomischen Reformen durchführt und schließlich wieder zur vollen Demokratie übergeht.

Solcherweise hat das sich formierende autoritäre Regime bei einem günstigen Verlauf der ökonomischen Reform die Chance, die Stabilität des sozialpolitischen Systems aufrechtzuerhalten und Voraussetzungen für die Bewegung in die Richtung einer konsolidierten Demokratie zu schaffen, indem es allmählich den legalen politischen Prozeß einschaltet und die auf einer gegebenen Etappe abgeschnittenen (*otseënnnye*) oppositionellen Parteien und Bewegungen wieder zuläßt und einen Konsens zwischen den hauptsächlichen sozialpolitischen Kräften in der Gesellschaft herstellt.⁷

Sehr aufschlußreich sind die Überlegungen des Mitarbeiters des Präsidenten, Michail Krasnow. Der

¹ Viktor Chamraev, "Duchovnoe nasledie" zajmëtsja formirovaniem "sovremennoj russkoj idei", in: Segodnja, 30.5.1995.

² Doklad A.I. Podberezkina, in: Sovetskaja Rossija, 8.6.1995.

³ Vgl. Viktor Chamraev, a.a.O.

⁴ Vgl. Doklad A.I. Podberezkina, a.a.O.

⁵ Vgl. Joseph Gabel, Idéologies, Paris 1974, S. 48-49, 84-88, 97-99.

⁶ Vgl. Andranik Migranjan, Avtoritarnyj režim v Rossii: Kakovy perspektivy?, in: Nezavisimaja gazeta, 4.11.1993.

⁷ Ebd.

Jurist Krasnow lehnt die "freundliche" Offerte der Bewegung "Geistiges Erbe" an den Präsidenten ab und grenzt klar die Politik des Staatsoberhauptes gegen die ungebetenen Verbündeten ab. Auch er bekennt sich allgemein zur Idee der "Staatlichkeit", aber er findet, daß gerade diejenigen, die sie so beharrlich beschwören, sie mißdeuten. Krasnow enthüllt den gedanklichen Taschenspielertrick in der Argumentation der Menschen um Podbereskin: Sie geben die Macht des unkontrollierten Staatsapparats für die Macht des "Vaterlandes" aus. "In Wirklichkeit treten *gosudarstvenniki* nicht für eine wirksame

Macht ein, die im strengen Rahmen des Gesetzes agiert, sondern für eine Macht, die die gleichgeschaltete (*odnorodnoj*) Masse ungeteilt kommandiert."¹

Das ist eben jener Totalitarismus, von dem man so viel spricht. Ein starker Staat ist in der Tat nötig, aber er hat nur unter der Bedingung Daseinsberechtigung, daß auch eine ebenso starke bürgerliche Gesellschaft existiert - fährt der Autor fort.²

Seitdem Thomas Hobbes 1651 den Staat mit dem biblischen Ungeheuer Leviathan verglich, wird dieses Bild ständig gebraucht - unsere Zeit gibt Anlaß genug dazu! Auch Krasnow ironisiert die Sehnsucht nach "einem Staat mit kleinem Kopf und enormem Rumpf, der hauptsächlich aus Muskeln besteht."³

Fazit

Wie steht es - alles in allem - um die "Staatlichkeit"? Dieses Schlagworts bedienen sich Vertreter verschiedener, ja feindlicher Richtungen. Die Funktion der "Staatlichkeit" in den Ideen des kommunistisch-chauvinistischen Blocks ist klar und erfordert keinen Kommentar. Komplizierter ist die Frage, ob "Staatlichkeit" mit Demokratie zu verknüpfen ist? Anders gesagt: Darf ein autoritäres Regime als Weg zur Demokratie etwa dahingehend verstanden werden, daß es vorläufig die volle Demokratie beschränkt, um sie später auf solider Basis einzuführen?

Es ist nicht auszuschließen, daß ein solcher Weg unvermeidlich sein kann. Immerhin ist fraglich, ob die "delegierte Demokratie" oder die "gelenkte Demokratie"⁴ nicht mit einer Hand das zurücknimmt, was sie mit der anderen gibt. Es ist auch fraglich, ob sie überhaupt Demokratie ist. Nach einem bekannten Spruch braucht die Demokratie keine Adjektive. Die Befürchtung liegt nahe, daß in einem Land wie Rußland das autoritäre Regime die Tradition von unkritischem Gehorsam eher fortsetzt als unterminiert. In seiner Geschichte hat Rußland zuviel "starken Staat" erlebt, als daß man ihm wieder den "starken Staat" als Heilmittel verschreiben sollte. Auch für Rußland bleibt immer noch der beste Weg zur liberalen Demokratie diese liberale Demokratie selbst.

Assen Ignatow

¹ Michail Krasnow, Ob idee gosudarstvennosti, in: Rossijskaja gazeta, 29.6.1995.

² Vgl. ebd.

³ Ebd.

⁴ Vgl. Irina Chakamada, Uroki dekabrja, fevralja, marta. O pol'ze "upravljaemoj demokratii", in: Nezavisimaja gazeta, 26.4.1994.